

(Beginn: 14.43 Uhr - Ende: 16.10 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 41. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, liebe Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Herr Professor Schäfer, Herr Struwe, Herr Paetzold, Herr Erkelenz, Herr Dr. Gutzeit, Frau Henk-Hollstein, Herr Pohl, Frau Welcker, Herr Kockerbeck, Herr Weisenstein, Frau Laufenberg und Herr Sterck.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Oedingen, Herrn Götz und Herrn Görzel.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen ja bereits vor.

Zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für 2019 werde zunächst ich sprechen, bevor dann Frau Klug als Kämmerin das Wort hat. Wie üblich werden wir, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt damit schließen und die Vorlage zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verweisen. Danach werden wir die übrigen Tagesordnungspunkte behandeln.

Deswegen möchte ich Sie zunächst fragen: Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 2629/2018

Ich bitte Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, während meiner Rede die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben das Wort.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Köln und der Bezirksvertretungen! Liebe Kolleginnen und Kollegen Beigeordnete! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne und Zuschauerinnen und Zuschauer des Livestreams! Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was eigentlich völlig selbstverständlich sein sollte, es in der Vergangenheit aber nicht war, haben wir jetzt möglich gemacht:

Erneut legen wir auch in diesem Jahr dem Rat den Haushalt 2019 so rechtzeitig vor, dass die Beschlussfassung und auch die erforderliche Genehmigung noch in diesem Jahr erfolgen können.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Dann wird auch das Haushaltsjahr 2019 wieder ohne vorläufige Haushaltsführung starten können.

Für diese großartige Leistung und alle damit verbundenen Anstrengungen danke ich dem ganzen Team der Kämmerei mit der Kämmerin an der Spitze wie auch allen Dezernaten und Dienststellen, die dieses Planwerk erstellt haben, herzlich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, im nächsten Jahr wird die rechtzeitige Einbringung dann endlich eine Selbstverständlichkeit sein.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Tradition!)

Wir schaffen damit Planungssicherheit für freie Träger und alle Bereiche, die auf Zuschüsse der Stadt Köln angewiesen sind. Darüber hinaus können auch unmittelbar nach dem Jahreswechsel unsere neuen Investitionsmaßnahmen vorangetrieben werden.

Doch die wichtigste Nachricht des heutigen Tages ist: Wir können, sofern die Rahmenbedingungen so gut bleiben, bereits 2022 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Um aber dauerhaft wieder Haushalte mit einem Überschuss aufzustellen, Eigenkapital aufzubauen und kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten, müssen wir ein stringentes Haushaltskonsolidierungsprogramm über die nächsten Jahre verfolgen.

Es müssen viele Kräfte daran mitwirken, und letztlich brauchen wir alle - und nun insbesondere Sie, meine Damen und Herren - eine gehörige Portion Selbstdisziplin. Nur so können wir gemeinsam einen Haushaltsausgleich in 2022 erreichen. Und das muss natürlich unser gemeinsames Ziel sein.

Diese Disziplin trägt dann auch dazu bei, dass wir als verlässlicher Partner der heimischen Wirtschaft weiterhin auf Steuererhöhungen verzichten wollen und auch können.

Die beiden Jahresabschlüsse 2016 und 2017 zeigen zwar deutliche Verbesserungen im Vergleich zu den Vorjahren. In beiden Jahren war aber die positive Entwicklung im Bereich des Steueraufkommens maßgeblich am Gesamtergebnis beteiligt.

Wenn sich die Konjunktur allerdings nicht so positiv weiterentwickelt, kann dies zu vorübergehenden Einbrüchen führen - insbesondere bei der Gewerbesteuer. Handelsstreitigkeiten, Brexit und Zinsänderungen bergen also mittel- wie unmittelbar aktuelle Risiken für unseren Haushalt, denen wir auch als Kommune natürlich vorausschauend begegnen müssen.

So ist es eine Daueraufgabe, die Vielzahl der städtischen Aufgaben einer systematischen kritischen Prüfung zu unterziehen, um so den immer weiter aufwachsenden städtischen Ausgaben entgegenzuwirken. Wir müssen durch eine intelligente und innovative Modernisierung der Leistungserbringung - unter anderem natürlich durch Digitalisierung von Prozessen - moderne Strukturen schaffen, die letztlich auch unsere finanziellen und personellen Ressourcen schonen.

Und hier schließt sich der Kreis: Wir erwarten weiterhin gute Ergebnisse bei den kommunalen Steuern, sind aber mehr und mehr durch unsere eigene verantwortungsvolle, zukunftsgerichtete Planung, durch ein verbessertes Controlling und eine stärker wirkungsorientierte Steuerung vorbereitet, wenn es zu Ertragsausfällen kommen sollte.

Jeder Haushaltsplan einer Großstadt deckt notwendig die gesamte Palette der großen, aber auch der kleineren Aufgaben ab. Er muss jedoch

zugleich eine Antwort auf die wesentlichen Herausforderungen der Stadt sein. Gestatten Sie mir, exemplarisch einige zentrale Herausforderungen unserer wachsenden Metropole Köln auszuführen:

Unser Ziel ist es, ausreichend bezahlbaren und hochwertigen Wohnraum für alle Menschen sicherzustellen, die in Köln leben und die in Köln leben wollen - und das werden in den kommenden Jahrzehnten viele sein.

Wir müssen als Stadt auch unsere Anstrengungen weiter erhöhen, ausreichend barrierefreien Wohnraum für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen zu schaffen, damit diese so lange wie möglich ein selbstständiges Leben führen können. Und wir müssen bezahlbaren Wohnraum schaffen - beispielsweise für Familien oder junge Menschen, die hier in Köln eine Familie gründen wollen, um sie nicht ans Umland zu verlieren.

Für diesen Zweck stehen im neuen Haushaltsplan insgesamt 97 Millionen Euro bereit. Damit tritt die Stadt unter anderem künftig verstärkt selbst als Bauherrin im sozial geförderten Wohnungsbau auf. Aber natürlich ist und bleibt der städtische Wohnungsbau ganz wesentlich das Geschäft und die Aufgabe unserer Gesellschaft GAG Immobilien AG.

Im gesamten Kölner Stadtgebiet ist zudem intensiv und auch erfolgreich nach weiteren zum Wohnen geeigneten Flächen gesucht worden, die es jetzt zu mobilisieren gilt. Und die von mir eingerichtete Wohnungsbauleitstelle nimmt immer weiter Fahrt auf - auch dank einer nunmehr guten Personalausstattung.

Außerdem sind wir Modellkommune in dem auf Landesebene 2018 initiierten dreijährigen Modellvorhaben Digitales Baugenehmigungsverfahren. Und wir werden zukünftig die Wohnraumschutzsatzung besser umsetzen, ihre Einhaltung effektiver kontrollieren und Verstöße schneller und umfassender ahnden. Die neue Einheit wird Anfang 2019 ihre Arbeit aufnehmen und Wirkung entfalten. Wir rechnen mit einem erheblichen Gewinn bzw. einer Rückgewinnung an Wohnraum.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Ein Potenzial an Wohnungen besteht in vierstelliger Höhe.

Aber das allein wird nicht ausreichen, wie wir alle wissen. Deshalb hebe ich den geplanten neuen

Stadtteil Kreuzfeld erneut ganz besonders hervor - für mich neben den bereits bestehenden Entwicklungsgebieten ein ganz wichtiges Projekt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und der Knappheit an Wohnraum in Köln zu begegnen.

(Beifall bei Teilen der CDU, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP)

Entsprechend ist dieses Projekt im Haushaltsplanentwurf für 2019 wiederzufinden und wird uns in Planung und Realisierung in den nächsten Jahren prioritär beschäftigen.

Wir werden Ihnen 2019 das Ergebnis der vom Rat beauftragten Machbarkeitsstudie vorlegen und darin insbesondere auch aufzeigen, welche Chancen ein neuer Stadtteil Kreuzfeld für den Ausbau, die Ergänzung und die Verdichtung der sozialen, der Bildungs- und der Versorgungsinfrastruktur für den gesamten Stadtbezirk Chorweiler und den Kölner Norden birgt. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um 2020 in konkrete Planungsverfahren einzusteigen - verbunden mit der ambitionierten Zielsetzung, bis 2023 dann auch Planungssicherheit zu schaffen.

Das zweite Themenfeld, das ich exemplarisch hervorheben möchte, meine Damen und Herren, ist das Themenfeld Verkehr und Mobilität. Köln wird die Mobilitätswende schaffen. Wir müssen den Fokus weg vom Auto nehmen und auf die lebenswerte Stadt richten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Mobilität ist fließender Verkehr und ein ausgebauter ÖPNV. Lebenswert sind saubere Luft und sichere Straßen und Radwege.

Wir investieren in 2019 daher noch stärker in die Infrastruktur sowie in die Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und die Förderung des Fahrradverkehrs in unserer Stadt. Hierzu zählt im Stadtbahnbau nicht nur der Ausbau der Ost-West-Achse. 2019 steht entsprechend der Roadmap Stadtbahnbau der Planungsauftrag für die Erweiterung der Nord-Süd-Stadtbahn nach Rondorf/Meschenich und der Stadtbahnlinien nach Mülheim/Stammheim/Flittard an. Ebenso forcieren wir die rechtsrheinische Verlängerung der Linie 7. Das alles sind wichtige Meilensteine für die ÖPNV-Anbindung des Kölner Südens sowie des linksrheinischen Kölner Nordens und der neuen Stadtquartiere, die dort entstehen.

Auch die Umsetzung des Radverkehrskonzepts Innenstadt ist in vollem Gange. 2019 werden wir auf der Riehler Straße, der Christophstraße und

der Magnusstraße weitere Autospuren durch Radfahrstreifen ersetzen und das Fahrradstraßennetz in der Innenstadt erheblich erweitern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Alle diese Maßnahmen orientieren sich an unserem Strategiepapier Köln mobil 2025 und dienen dem Ziel, eine leistungsfähigere und langfristig mit dem Klimaschutz vereinbare Infrastruktur zu gewährleisten.

Als drittes Themenfeld möchte ich auf Köln als kinder- und jugendfreundliche Stadt eingehen. Wenn wir unsere Stadt bereit für die Zukunft machen wollen, müssen wir vor allem in unsere Kinder investieren; denn unsere Zukunft geht durch die Türen der Kindertageseinrichtungen und der Schulen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU und der FDP)

Die Weiterentwicklung Kölns als kinderfreundliche Kommune ist eines unserer strategischen Leitprojekte. Das eigens eingerichtete Jugendbüro wird noch in diesem Jahr eröffnet und im Jahr 2019 voraussichtlich auch voll besetzt sein - und dann mit vollem Engagement zum Einsatz kommen.

Im Haushalt 2019 sind allein über 110 Millionen Euro vorgesehen für

- die Ausstattung, auch die IT-Ausstattung, und die Geräte an städtischen Schulen,
- den Neubau und die Generalsanierung von Sportanlagen sowie
- den Bau von Kunstrasenplätzen.

Meine Damen und Herren, wir werden die Kindertagesbetreuung ebenso kontinuierlich und bedarfsgerecht weiter ausbauen wie auch den offenen Ganztags.

Nicht zuletzt zur Beschleunigung des Schulbaus haben wir die Gebäudewirtschaft neu aufgestellt. Die Betriebsleitung ist seit Sommer dieses Jahres zweiköpfig verstärkt und wird in 2019 eine der wichtigsten Aufgaben der Gebäudewirtschaft, nämlich die Realisierung von neuen Schulen und die Modernisierung alter Schulgebäude, nachweisbar intensivieren.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Dreh- und Angelpunkt, damit das gelingt, ist die Besetzung der dortigen Stellenvakanzen. Ich

darf Ihnen mitteilen: Wir konnten in den vergangenen zehn Monaten über 70 Ingenieurinnen und Ingenieure neu einstellen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Diesen Erfolg werden wir in 2019 weiter ausbauen. Wir werden in der Gebäudewirtschaft neue Projektorganisationsstrukturen etablieren und den Schulbau verstärkt in Maßnahmenpaketen angehen.

Als viertes Themenfeld möchte ich die Wirtschaft nennen. Unsere Attraktivität und Innovationsfähigkeit verdanken wir zu einem großen Teil auch dem Erfolg des Wirtschaftsstandortes Köln. Zudem profitieren wir von einer guten Konjunktur. Und unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Unternehmen in Köln optimale Rahmenbedingungen vorfinden und so auch hier am Standort Köln am Wirtschaftsaufschwung teilhaben können.

Tatsächlich wächst die Kölner Wirtschaft seit Jahren. Der stetige Aufwärtstrend wird durch die aktuellen Daten eindrucksvoll untermauert. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze - zum wiederholten Mal - auf einen neuen Höchstwert gestiegen.

Auch für den Gewerbeimmobilienmarkt war 2017 ein weiteres Rekordjahr. Das ist sicherlich keine zufällige Entwicklung, sondern auch unseren Anstrengungen geschuldet, Köln gerade international stärker zu profilieren.

Außerdem haben wir systematisch die Entwicklung des Start-up-Ökosystems mit allen Beteiligten vorangetrieben. Denn uns ist klar: Die Start-ups sind der Mittelstand von morgen und tragen heute zur Innovation und Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes bei. Gerade für Köln mit den starken und vielfältigen Wirtschaftsbranchen ist es wichtig, dass diese innovative Kraft der Start-ups mit den traditionellen Unternehmen in Verbindung gebracht wird. Dies leistet für den breiten Mittelstand der Digital Hub Cologne.

Wir werden unsere Anstrengungen in 2019 und den kommenden Jahren noch weiter erhöhen. So wird beispielsweise die Startup Unit Cologne die zentrale Koordinierungs- und Anlaufstelle zur nationalen und internationalen Stärkung des Start-up-Ökosystems in Köln werden. Dafür setzen wir zusätzliche Mittel und auch Personalressourcen ein.

Unser Instrument, die genannten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft am Standort Köln wei-

ter zu optimieren, ist die Wirtschaftsförderungs GmbH. Die Startup Unit Cologne wird Bestandteil dieser GmbH sein. Wenn Sie hier demnächst im Rat den Gründungsbeschluss für die Wirtschaftsförderungs GmbH fassen, wie ich hoffe, wird sie im nächsten Jahr die erfolgreiche Arbeit unserer städtischen Wirtschaftsförderung noch professioneller und noch effizienter fortführen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Spärlicher Beifall!)

- Der Beifall kommt dann bei den Erfolgen; da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, um all das realisieren zu können, um die von allen gewünschten und geforderten Ergebnisse auch liefern zu können, brauchen wir neben dem Geld, neben den finanziellen Mitteln, noch etwas viel Entscheidendes: einen weiteren Umbau der Verwaltung zu einer effizienten und professionellen Organisation mit qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ausreichender Menge. Lassen Sie mich daher zunächst noch einige Worte zum Stellenplan 2019 sagen.

Mit dem neuen Stellenplan kann ich Ihnen eine lange nicht da gewesene und bemerkenswert geringe Anzahl von zusätzlichen Stellen präsentieren. Enthielt der Stellenplan 2018 noch über 600 Mehrstellen, sind es jetzt weniger als 300 Mehrstellen.

Zusätzliche Stellen sind insbesondere für die strategischen Leitprojekte der Dezernate eingeplant, die einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft leisten. So bringen wir beispielsweise die Digitalisierung der Stadtverwaltung mit über 25 zusätzlichen Stellen in den verschiedenen Verwaltungsbereichen weiter voran - mit dem Ziel, den aktuellen Entwicklungen und Anforderungen in der Gesellschaft, aber auch den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Oder nehmen Sie die Stärkung unserer Museen, für die wir im Rahmen des Leitprojektes zur Erweiterung der Serviceeinheit Museumsdienst elf Stellen im Stellenplan 2019 zusetzen - und zusätzlich noch knapp zehn dringend benötigte Stellen für die einzelnen Museen und das Rheinische Bildarchiv.

Für eine effiziente, professionelle Verwaltungsorganisation mit motivierten und qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht natürlich auch unsere Verwaltungsreform. Denn sie bildet die Grundlage dafür, dass sich Köln als wachsende Metropole der Vielzahl an Herausforderungen auch stellen kann.

Wir werden Schritt für Schritt besser, und wir machen unsere Stadt fit für die Zukunft. Die Unterstützung und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Reformen sind dabei ungebrochen groß. Dafür bin ich sehr dankbar. Die entsprechenden Projekte und Maßnahmen in der gesamten Stadtverwaltung spiegeln diesen Gestaltungswillen und die Bereitschaft wider, Veränderungsprozesse in Gang zu setzen und auch weiter voranzutreiben.

Die Erkenntnis, dass Veränderungen Zeit kosten, ist nicht neu. Aber die aktuelle Momentaufnahme, die Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger, sollten wir alle ernst nehmen. Sie ist für mich ein doppelter Ansporn:

- erstens, deutlicher die Wirkungen all unserer Anstrengungen und Reformen zu vermitteln, die naturgemäß erst nach und nach eintreten und für die Bürgerinnen und Bürger auch erst später spürbar werden,
- und zweitens, unser gemeinsames Interesse an der Weiterentwicklung unserer Stadt durch eine bessere Performance auch erkennbar werden zu lassen - und das beziehe ich auf die gesamte kommunale Selbstverwaltung, bestehend aus der hauptamtlichen Verwaltung und Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, der ehrenamtlichen Politik.

Dazu gehört auch, dass die Aufgaben den bestehenden Dezernaten so zugeordnet werden, dass die Dezernate ihrer Steuerungsfunktion auch angemessen nachkommen können und künftigen Herausforderungen - Sie wissen, dass für mich die Stärkung der Bezirke besonders wichtig ist - auch gewachsen sind.

Denn, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, all das, was ich gerade beschrieben habe - ein solider Haushalt, eine Prioritätensetzung und eine Verbesserung in der Umsetzung -, ist ja kein Selbstzweck. Es gibt einen Grund, warum wir alle dies tun. Dieser Grund heißt Köln - unsere Stadt.

Köln ist nicht die reichste Stadt Deutschlands, sicher nicht die größte und wahrscheinlich für die allermeisten auch nicht die schönste. Aber es ist

ganz sicher die herzlichste. Es ist die Stadt, in der man sich hilft, in der man sein darf, wer man will, in der man Freunde findet - manchmal, ohne sie zu suchen.

(Heiterkeit)

Für mich ist Köln die sympathischste Stadt der Welt. Sie ist der Grund, warum Sie als Mitglieder dieses Rates, warum die zahlreichen Kolleginnen und Kollegen unserer Verwaltung jeden Tag für diese Stadt arbeiten. Es ist unsere Stadt, die uns am Herzen liegt und für die wir eben manchmal auch bereit sind, zu kämpfen.

Wenn wir aber wollen, dass mehr Bürgerinnen und Bürger uns ihr Vertrauen schenken, brauchen wir eine andere Kultur der Politik in unserer Stadt. Das bedeutet: keine Aufteilung von Interessen, sondern eine stärkere Orientierung an Gemeinsamkeiten. Verstehen Sie mich bitte an diesem Punkt nicht falsch: Damit möchte ich die Unterschiede zwischen den Parteien nicht mit Zuckerguss überdecken. Ich fordere vielmehr ein anderes Miteinander im politischen Denken und im Diskurs. Wir müssen uns gemeinsam mehr anstrengen, um unser Köln nach vorne zu bringen, und nach den besten Lösungen suchen, um Kompromisse zu finden.

Mir ist sehr bewusst, dass Ihr herausragendes Engagement für die Sache, für Ihre Agenda, Ihre Wahlkreise und Bezirke die Grundlage für Ihre ehrenamtliche Arbeit im Rat und in den Bezirksvertretungen ist. Mir ist bewusst, dass bei diesem ehrenamtlichen Engagement, für das Sie alle unzählige Opfer bringen - Ihre Familien, Ihr Freundeskreis -, manchmal nicht viel mehr übrig bleibt als die Lust an der Diskussion.

Am Ende des Tages, meine Damen und Herren, dürfen diese Lust an der politischen Auseinandersetzung und die Begeisterung für die politischen Themen, die Sie ja alle haben, und die manchmal durchaus berechtigte Kritik an der Verwaltung aber nicht dazu führen, dass Sachentscheidungen auf die lange Bank geschoben und zwischen den unterschiedlichen Interessen zerrieben werden. Auch das gehört dazu, wenn wir alle miteinander vermeiden wollen, dass es oft heißt: „schon wieder Köln“, wie eine Zeitung das dieser Tage schrieb.

Unsere Stadt hat mehr Konstruktivität verdient. Ich biete allen demokratischen Kräften im Rat meine Zusammenarbeit an. Und ich werde noch in diesem Jahr mit Vorschlägen auf Sie zukommen, damit wir gemeinsam an dieser neuen politischen Kultur arbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Ratsgruppe GUT)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich übergebe die Sitzungsleitung wieder.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat die Kämmerin das Wort.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Die Ausführungen der Stadtkämmerin werden von einer PowerPoint-Präsentation begleitet)

Es ist die Sorge um und für das Gemeinwesen, die uns umtreibt. Als ich mir Gedanken gemacht habe, welches Zitat ich in guter Tradition zu Beginn meiner Rede vortragen könnte, stach mir eines ins Auge, das aus der Publikation des Club of Rome zu seinem 50. Geburtstag stammt. In diesem großen Bericht mit dem deutschen Titel „Wir sind dran“ heißt es unter anderem - ich zitiere -:

Die Entdeckung der menschlichen Werte des Individualismus, des Privateigentums, des Schutzes gegen staatliches Eindringen gehört zu den wertvollsten Errungenschaften der europäischen Aufklärung. Aber heute sehen wir die öffentlichen Güter stärker gefährdet als Privatgüter.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die öffentlichen Werte und die öffentlichen Güter, auch in dieser Republik, sind vielfach herausgefordert und gefährdet. Es ist gerade auf der kommunalen Ebene ein sehr unmittelbares staatsbürgerliches Anliegen der Zivilgesellschaft, dagegen einzutreten.

Das ist - und nun komme ich zum Haushaltsplanentwurf 2019 für die Stadt Köln mit mittelfristiger Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2022 - natürlich immer auch die Herausforderung, wenn wir uns in dieser zweitgrößten Stadt, die Stadtstaaten einmal ausgenommen, Gedanken ma-

chen: Wofür müssen wir Gelder ausgeben? Was müssen wir zur Verfügung stellen? Wie wird es wirken auf die Gesellschaft in dieser Stadt, auf jeden Einzelnen, aber auch auf die Gemeinschaft in dieser Stadt?

Es ist kein Zufall, dass der Deutsche Städtetag ein Leitbild hat. Da Sie ja dem Präsidium angehören, Frau Oberbürgermeisterin, erlaube ich mir, es hier zu zitieren. Das Leitbild des Deutschen Städtetages ist der inklusiven Stadt - Heimat für alle.

Genau das bringt dieser Haushaltsplan zum Ausdruck, und genau das sichern wir auch in der mittelfristigen Finanzplanung ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sichern es in einem Haushalt ab, der, wie bereits erwähnt wurde, rechtzeitig zum Jahr 2019 in Kraft sein wird - sofern wir die Genehmigung im Hause haben. Daran besteht aber letztlich kein Zweifel; denn die Rahmenbedingungen für diesen Haushalt und die Rahmenbedingungen für diese Planungen sind, wie schon gesagt wurde, sehr gut.

Der Haushalt 2019 schließt mit einem Defizit von 135 Millionen Euro ab. Erstmals gelingt der planerische Ausgleich, rechnerisch dargestellt, mit einem leichten Plus allerdings bereits im Jahr 2022. Das ist - wenn Sie sich die Details anschauen, werden Sie das sehen - ambitioniert, und es ist ein Jahr vor dem mit dem freiwilligen Sanierungskonzept ins Auge gefassten Zeitpunkt. Eine konsequent maßvolle Haushaltswirtschaft und die positiven Rahmenbedingungen - die Oberbürgermeisterin hat es gerade erwähnt - ermöglichen dies. Aber: Die Tragfähigkeitslücke des Kölner Haushalts beträgt im Basisszenario knapp 458 Millionen Euro und zeigt an, dass die finanzwirtschaftliche Situation weiterhin Anlass zum Abbau von Risiken gibt, um - wie das Gesetz es verlangt - eine dauerhafte und stetige Erfüllung der Aufgaben zu gewährleisten.

Bevor ich das Zahlenwerk näher beleuchte, möchte ich auf das Umfeld und einige Risiken der Finanzsituation eingehen.

Die konjunkturelle Lage in der Bundesrepublik ist weiterhin günstig und wird auch für die nächsten Jahre als stabil erachtet. Die größten Risiken dürften in einer Abkehr vom Multilateralismus mit der befürchteten gänzlichen Zuwendung der USA zum Protektionismus liegen. Nach allgemeiner Einschätzung war bisher die erfolgreiche Zusammenarbeit der Zentralbanken der großen Wirtschaftsräume - gerade fand wieder eine Kon-

ferenz in Jackson Hole statt - ein wesentlicher Stützpfeiler der Weltwirtschaft, insbesondere des Handels.

Eine solche Entwicklung trifft angesichts der starken internationalen Komponenten der deutschen Außenwirtschaft, vor allem die Bedeutung des Handels für die Kölner Wirtschaft, die Finanzlage der Stadt in mehrfacher Hinsicht. Vor allem könnten sich Auswirkungen auf die Gewerbesteuer ergeben, auch auf den Anteil an der Einkommenssteuer, wenn eine konjunkturelle Abkühlung oder auch nur die Angst davor den Arbeitsmarkt erreichte, sowie auf den Anteil an der Umsatzsteuer, wenn die Binnennachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen abkühlte. Ich möchte an dieser Stelle auch daran erinnern, dass die Gewerbesteuereinnahmen auf den voraussichtlichen Betriebsergebnissen beruhen könnten.

Die Experten gehen von einem weiterhin stabilen leichten Aufwärtstrend der Konjunktur in Deutschland aus.

Bildlich gesprochen, fasse ich zusammen: Wir haben einen Berg erklommen; doch was ein Gipfel zu sein schien, stellt sich als Hochplateau heraus, das im Nebel liegt und dessen Ausdehnung wir nicht genau erkennen können. Es ist also Vorsicht vor dem nächsten Abhang geboten; wir wissen nicht, wie tief der Abgrund ist.

Soweit es um die vor dem Hintergrund erheblicher Investitionen stets genau zu beobachtenden Zinsrisiken geht, bleibt festzuhalten: Hier hat es in den letzten Monaten keine gravierenden Entwicklungen gegenüber dem Vorjahr gegeben, und die Lage gilt als stabil.

Angesichts der Zinsänderungsrisiken erhält die Beschäftigung mit Finanzierungsinstrumenten, die Gewähr für eine stetige Finanzierung der Bedarfe bieten, allerdings eine besondere Bedeutung. Wie vergleichbare Kommunen auch hat die Stadt Köln hier nicht nur die klassischen Bankkredite im Blick, sondern befasst sich ebenfalls mit alternativen Finanzierungsformen, um stets die günstigsten Finanzierungsbedingungen zu ermitteln. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass die Zulässigkeit von Zinssicherungsinstrumenten in bewährter Weise auch diesmal wieder im Entwurf der Ihnen vorgelegten Haushaltssatzung geregelt ist.

Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit von Geldanlagen hat die Stadt Köln bereits reagiert. Anlagen werden nicht nur möglichst sicher und wirtschaftlich, sondern auch zielorientiert getätigt. Hierbei

liegt der Schwerpunkt der städtischen Anlagestrategie, wie hier auch gelegentlich besprochen, auf ethischen und ökologischen Zielen. Die Spezialfonds sind inzwischen vollständig auf diese Ziele ausgerichtet. Sichergestellt wird das durch klare Absprachen, die auch überwacht werden. Zum Beispiel werden im Rentenbereich zunehmend Green Bonds eingedeckt, und bei der Auswahl von Aktien wird der Euro-Stoxx-Nachhaltigkeitsindex als Anlageuniversum zugrunde gelegt.

Die Optimierung einer konzernweiten Finanzierungssteuerung haben wir ebenfalls gemeinsam mit den Beteiligten im Blick. Sie ist fester Bestandteil der Fortentwicklung der Beteiligungssteuerung.

Allerdings: Für die stetige Aufgabenerfüllung in Köln prägend waren in den letzten Jahren nicht die Finanz-, sondern die operationellen Risiken. Das sind die Risiken, meine Damen und Herren, die Sie zum Beispiel als nicht umgesetzte Beschlüsse oder Verzögerungen bei Vorhaben spüren. Der weitere Abbau operationeller Risiken steht demgemäß seit einigen Jahren im Fokus der Risikominimierung. Operationelle Risiken sind stärker als in der Vergangenheit Gegenstand der Berichterstattung in den Ausschüssen. Hier geht es nicht nur um die Konsequenzen aus in den Ausschüssen diskutierten Verfahrensprüfungen und -Vereinfachungen, sondern auch um Prozessoptimierungen. Sie sind durch die Verwaltung proaktiv adressiert und werden mit einer Vielzahl organisatorischer und personeller Instrumente und Maßnahmen angepackt, die teils aus der Verwaltungsreform und teils aus sonstigen Prozessen unter Beteiligung der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt werden.

Dieser Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellt die finanziellen und personellen Ressourcen für die Behebung erkannter operationeller Risiken zur Verfügung und ermöglicht die systematische Erfassung der zentralen und dezentralen Risiken sowie die Fortentwicklung der internen Kontrollsystematik zu einem kohärenten Internen Kontrollsystem. Dessen Vorstellung ist für das zweite Quartal 2019 vorgesehen.

Erstmals berichte ich im Zusammenhang mit diesem Haushalt über die im Bericht „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert - das Beispiel der Stadt Köln“ vorgelegten Tragfähigkeitsrisiken - dies nicht ohne Dank an die Fraktionsvertreterinnen und -Vertreter im Beirat des Projekts, die dort mitgewirkt haben und

durch ihre wertvollen Beiträge das Projekt sehr stark geprägt und vorangetrieben haben.

Mit dem im Jahr 2018 vorgelegten Bericht zum Projekt „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert“ hat Köln als erste Stadt eine konzernweite, doppisch basierte Tragfähigkeitsrechnung vorgelegt.

(Vereinzelt Beifall)

- Danke sehr. Da wurden wir mit einer positiven Meldung auf Seite 10 der FAZ erwähnt. Das war für Köln und uns alle, glaube ich, kein Fehler.

(Heiterkeit)

Es ist gelungen, Tragfähigkeitsrisiken im kommunalen Haushalt unter einem transparenten Basisszenario als kohärente Risikokulisse für Vergangenheits-, Gegenwarts- und Zukunftsrisiken in den Blick zu nehmen und dies mit einem eigens entwickelten Modell zu hinterlegen.

Das ist keine Eintagsfliege, sondern eine neue bzw. fortentwickelte Methodik, öffentliche Finanzen für die kommunale Ebene in den jeweiligen - in Anführungszeichen - „Konzernen Stadt“, also aus der Perspektive der Stadt mit ihren Beteiligungen, bezogen auf die Daseinsvorsorgefinanzierung zu erfassen.

Wir haben daher auf der Basis der Erkenntnisse des Projektes den 1. Kölner Tragfähigkeitsbericht für Rat und Öffentlichkeit erstellen lassen und die Ergebnisse darin fortgeschrieben. Das entsprechende Dokument ist dem Vorbericht zu diesem Haushalt 2019 mit mittelfristiger Finanzplanung als Management Summary und den Anlagen als Vollversion beigelegt. Das Ergebnis weist auf die weiter bestehenden Tragfähigkeitsrisiken hin. Die Lücke beträgt aus derzeitiger Sicht 458 Millionen Euro, hat sich damit gegenüber dem ursprünglichen Bericht aber verbessert.

Es wird sich lohnen, diese Methodik aufzugreifen und in längeren Zeitabständen - vielleicht nicht jedes Jahr, aber alle zwei oder drei Jahre - die dann vorliegenden Daten zu überprüfen, um zu erkennen, in welchem Umfang die Tragfähigkeitslücken geschlossen worden sind.

Wir haben diese Lücken auf einzelne Risikofelder heruntergebrochen.

Die Bestandsschuldenlücke - das möchte ich heute hier in Erinnerung rufen - ist derzeit als Altschuldenlücke ein großes Thema der Gespräche zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, Mitgliedern des Deutschen Bundestages

und der Bundesregierung. Denn wir haben aufgrund der Rahmenbedingungen die historisch einmalige Chance, dass tatsächlich mit Unterstützung des Bundes kommunale Altschulden bereinigt werden können. Das ist keine Frage der Moral, sondern der schlichten Verbesserung der Basis unserer Finanzaufstellung als Bundesrepublik Deutschland. Denn in Europa wird nicht gefragt, ob die Schulden bei den Kommunen, bei Trägern öffentlicher Interessen wie Versicherungsträgern oder beim Bund liegen, sondern sie werden aggregiert und zur Grundlage der Bewertung der Risiko- und der Finanzsituation der Bundesrepublik Deutschland genommen. Gleiches gilt für den Finanzmarkt. In dem Maße, in dem wir aufgrund der Notwendigkeiten unserer Investitionen in die Infrastruktur bei einem erstarkenden Finanzmarkt auch wieder stärker über Konditionen verhandeln müssen, ist es umso wichtiger, dass nicht über die Altschuldenproblematik die kommunale Familie völlig auseinandergerissen wird, sondern dass wir die Null-Risiko-Einstufung der Kommunen heute in Deutschland auch weiterhin erhalten können.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Deswegen unterstützen Sie bitte die kommunalen Spitzenverbände in den Verhandlungen mit der Bundesregierung und in den Gesprächen mit den Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Da kann es jetzt relativ schnell eine Lösung geben. Die Situation ist einmalig. Das Window of Opportunity mag vielleicht sehr schnell wieder geschlossen sein. Vielen Dank dafür.

(Beifall)

Eine Erleichterung würde einen Beitrag in nicht unerheblicher Höhe zur Schließung unserer Tragfähigkeitslücke leisten können. Denn nach den bisherigen Berechnungen umfasst die Bestandsschuldenlücke der Stadt Köln ein Volumen von round about 100 Millionen Euro.

Eine zweite, noch gewichtigere Lücke ist die Konnexitätslücke, die sich aus den nicht geregelten Folgelasten für große gesellschaftliche Risiken in der Bundesrepublik, insbesondere soziale Risiken und Risiken der Integration, ergibt. Auch hier sind wir unterwegs und so aufgestellt, dass wir uns diese Risiken genauer anschauen, damit unsere Verhandlungsposition gegenüber Land und Bund noch besser werden möge. Dazu aber im weiteren Verlauf des Jahres mehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der LINKEN)

- Danke sehr.

Die ausgewiesenen Teillücken wirken - das Wort „wirkungsorientiert“ ist vorhin schon einmal gefallen - als für das Kölner Modell entwickelte Indikatoren. Die Beiträge zu ihrer Schließung müssen von Beteiligungen, Verwaltung, Politik und Gesellschaft natürlich diskutiert und beschlossen werden.

Damit bietet, alles zusammengenommen, das Kölner Modell auch die Grundlage für Szenarien - gerechnete Szenarien - zur Zukunft der Stadt und deren Auswirkungen auf die Finanzlage.

Die Investitionen in die Transformation der Stadt sind eine große Herausforderung. Das difu hat konservativ rund 16 Milliarden Euro allein für die dort untersuchten Geschäftsbereiche im „Konzern Stadt Köln“ errechnet. Diese Anpassung der Infrastruktur an ökonomische, soziale und ökologische Risiken bedarf einer Szenario fähigen, integrierten und vor allem generationenübergreifenden Finanzbetrachtung, um eine möglichst stetige, aber reagible Finanzierungskulisse zu entwickeln. Es sind die Flexibilisierungsmöglichkeiten, die wir durch den langen Zeitraum der Betrachtung auch auf die einzelnen Haushalte im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung herunterbrechen können, die es uns ermöglichen, in der Finanzfeinststeuerung und der Feinststeuerung der Risiken noch besser zu werden.

Besonders wichtig ist diese Szenario Fähigkeit zur Unterstützung der Bewertung bei Zielkonflikten - etwa dem derzeit alle wachsenden Städte betreffenden Konflikt zwischen Verdichtung der Wohnbebauung einerseits und den binnenklimatischen Konsequenzen durch dichtere Bebauung andererseits. Ein solches früh aufgestelltes Szenario macht es möglich, im Diskurs mit der Zivilgesellschaft, aber auch mit anderen Akteuren in den Prozessen Risiken früher darzustellen und damit auch positive Beiträge zur Finanzierungssituation zu leisten, da man die Finanzierung aussichtsloser Konstellationen dann vielleicht gleich von Anfang an unterlässt, weil man die Aussichtslosigkeit frühzeitig erkannt hat.

Die Finanzrisiken dieses Haushalts sind also unter Berücksichtigung der vor dieser und der kommenden Generation liegenden Aufgaben weiterhin hoch, die Volumina beachtlich.

Eine stärkere Beachtung der nachhaltigen Wirkungen des Ressourceneinsatzes ist angezeigt. Eine Umsteuerung ist möglich. Die Verwaltung schafft die datenmäßigen Grundlagen durch eine übergreifende, wirkungsorientierte Aufgabenana-

lyse. Die Dezernate I und II sind damit bereits beauftragt. Im Fokus stehen aus finanzwirtschaftlicher Sicht Überlegungen zur Ermittlung einer - so haben wir das als Arbeitstitel einmal genannt - „Digitalrendite“, die als Indikator für Qualitäts- und Finanzverbesserungen im Leistungsbereich entwickelt werden kann. Sie kann eines der Instrumente sein, das uns hilft, die aufwachsenden Personalaufwendungen zu mitigieren, also die Risiken, die aus diesen hohen Fixkosten folgen, noch besser zu beherrschen - denn selbstverständlich können wir in den nächsten Jahren auch über die natürliche Fluktuation einige Entwicklungen im Personalkostenbereich haben -, wenn es uns gelingt, die operationellen Risiken anders, nämlich zum Beispiel durch Digitalisierung, zu erfassen und kostengünstiger zu regeln.

Es bedarf weiterhin intensiver Anstrengungen zur Qualitätsverbesserung im Datenmanagement, um die Steuerungsmöglichkeiten entlang der Wirkungskette Input-Output-Outcome-Impact zu verbessern - darüber haben wir in diesem Jahr im Finanzausschuss häufiger berichtet - und für Sie und die Bürgerschaft transparent zu machen.

Damit setzt die Verwaltung die Steuerungssystematik, die wir bereits beim wirkungsorientierten Haushalt angewendet haben, in einem weiteren Feld ein.

Das entscheidende Bindeglied zwischen der mittel- und langfristigen, generationenübergreifenden Steuerung bildet der Nachhaltigkeitshaushalt. Dieses Instrument ist in diesem Jahr basierend auf Erfahrungen mit zwei Piloten neu entwickelt worden.

Mit Blick auf die Transparenz des Haushaltes und der mittelfristigen Finanzplanung wird durch dieses Instrument ein großer Gewinn erzielt; denn die Fortentwicklung von der Wirkungsbeurteilung bezogen auf eine Zielgruppe, die wir gemeinhin Outcome nennen, zum Impact, nämlich der gesamtgesellschaftlichen wirtschaftlichen Wirkung in der Außenwelt, und die Ausrichtung des Ressourceneinsatzes an den UN-Nachhaltigkeitszielen stellen einen großen Mehrwert dar. Das wird besonders deutlich, wenn wir uns vor Augen führen, dass diese Systematik auch in den Berichten der verschiedenen staatlichen Ebenen in Zukunft eingepflegt werden wird und die EU beabsichtigt, Förderungen auch mit der Kompatibilität gewisser Maßnahmen mit den SDGs zu verbinden. Derzeit befindet sich dieses integrierte Steuerungsinstrument in der Pilotphase.

Sie erkennen auf den Folien aus diesen Schemata neben dem Ressourceneinsatz, dass dort die Zuordnung von Ressourcen zu einzelnen SDGs erfolgt, die auch in Verbindung mit der Landes- und Bundesstrategie für die gesamtgesellschaftliche Umsteuerung dargestellt werden.

Nach diesen Bemerkungen zu dem allgemeinen Risiko- und Steuerungsumfeld komme ich nun zum Zahlenwerk. Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben vorhin ausführlich die Hauptfelder der Schwerpunkte dargestellt. Ich will das noch einmal bezogen auf die Dezernate tun.

Die Stadt Köln stellt mit über 835 Millionen Euro nach wie vor die meisten Eigenmittel für die laufenden Aufgaben des Dezernates für Bildung, Jugend und Sport zur Verfügung. Davon fließen 281 Millionen Euro in Schulträgeraufgaben, 247 Millionen Euro in die Kindertagesbetreuung und 236 Millionen Euro in die Hilfe für junge Menschen und ihre Familien.

Mit über 675 Millionen Euro finanziert der städtische Etat die Aufgaben des Dezernates für Soziales, Integration und Umwelt. - Diese Zahlen sind netto; das ist also der Zuschuss, den der städtische Haushalt an die jeweiligen Tätigkeitsfelder leistet. - Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Pflichtaufgaben. Auf freiwillige Leistungen wie etwa eine Intensivierung der Prüfungen nach Wohnraumschutzsatzung, die Umsetzung der Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung, eine Verbesserung des Drogenhilfeangebots, eine Ausweitung der Seniorenberatung und Projekte für den Klimaschutz entfallen rund 25 Millionen Euro.

In den Bereich des Dezernates für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht fließen etwa 440 Millionen Euro Zuschuss aus dem allgemeinen Etat. Das Budget dieses Dezernates ist durch die Bereiche Personal- und Verwaltungsmanagement, Feuerwehr und Zentrale Dienste geprägt. Deutlich aufgestockt wurden die Mittel für eine fortschreitende Digitalisierung, für einen Ausbau des Ordnungs- und Verkehrsdienstes und für die Umsetzung des Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfsplans sowie das Notfallsanitätäergesetz im Bereich der Feuerwehr.

In das Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur fließen über die investiven Mittel hinaus konsumtiv 154 Millionen Euro für Projekte. Schwerpunkte sind unter anderem der Aufbau einer gemeinsamen Tunnel- und Verkehrsleitzentrale, die Umsetzung von Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV, zur Förderung des

Fahrradverkehrs und zur Luftreinhaltung sowie die Modernisierung der Verkehrstechnik.

Für die Aufgaben des Dezernates für Kunst und Kultur werden 100 Millionen Euro netto bereitgestellt - unter anderem für die Neuaufstellung der kommunalen Museumslandschaft, den Aufbau eines Kulturmarketings und den Ausbau der Mittel für die freie Szene.

Rund 92 Millionen Euro erhält das Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen unter anderem für die Fortführung des Projektes „Starke Veedel - starkes Köln“ und die strategische Stadtentwicklungsplanung sowie Planungen für Projekte wie die Parkstadt Süd, die Via Culturalis, den Ebertplatz und die Hallen Kalk sowie die Umsetzung des Projektes Grüne Infrastruktur.

Nach dieser kurzen projektbezogenen Darstellung komme ich nun zu den allgemeinen Betrachtungen zum Zahlenwerk.

In den klassischen finanzwirtschaftlichen Kategorien Aufwand und Ertrag umfasst der Haushaltsplanentwurf aufwandsseitig ein Volumen von inzwischen knapp 4,9 Milliarden Euro - genau sind es 4,87 Milliarden Euro - und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 300 Millionen Euro gewachsen. Das ist erheblich. Allerdings sind auch die Erträge gewachsen, wenngleich bedauerlicherweise noch nicht stärker als der Aufwand.

Diesen Aufwendungen stehen Erträge von lediglich - ich setze dieses Wort einmal in Klammern - rund 4,73 Milliarden Euro gegenüber. Der Haushaltsplanentwurf 2019 schließt unter Einbeziehung des zeitgleich vorgelegten Veränderungsnachweises 1 - beides liegt Ihnen vor - planerisch damit mit dem bereits genannten Fehlbetrag von rund 135 Millionen Euro ab.

Gegenüber den für 2019 prognostizierten Ergebnissen aus der mittelfristigen Finanzplanung des Vorjahres hat sich der geplante Fehlbetrag um rund 85 Millionen Euro reduziert. Die Fehlbezugsquote beläuft sich nun nicht mehr auf 4,39 Prozent, wie es in der ursprünglichen Planung der Fall war, sondern auf 2,58 Prozent.

In den Jahren bis 2021 reduzieren sich die Fehlbeträge weiterhin deutlich, sodass für das Jahr 2022 der bereits genannte Überschuss von rund 3 Millionen Euro erwartet wird. Dies zeigt, dass die von der Verwaltung bereits in den Jahren 2013/2014 formulierte Vorgabe, im Jahr 2023 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ein Jahr früher erreicht werden kann.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dafür - auch das hat die Oberbürgermeisterin deutlich gemacht, und ich möchte es unterstreichen - müssen wir alle zusammen arbeiten. Es bedeutet, die Tragfähigkeitsrisiken vor Augen und die gute konjunkturelle Situation im Blick zu haben sowie die Bedarfe, also das, was für die Allgemeinheit geregelt werden muss, sorgfältig abzuwägen und zu priorisieren. Alles das, was ich in dem Teil zur Steuerung vorgetragen habe, soll Ihnen und uns gemeinsam eine gute Grundlage für diese Priorisierung geben.

Ich will an dieser Stelle nicht verschweigen, was zu diesem guten Umfeld beigetragen hat: das stringente Ausgabeverhalten, die teilweise Schließung von Konnexitätslücken durch den Bund, aber auch die aktuelle Fortentwicklung des GFG. Auf der Grundlage des sofi-Gutachtens sind hier Ergebnisse erzielt worden, die für die Stadt Köln einen Gerechtigkeitserfolg darstellen. War in den vorhergehenden Jahren die Frage der Komplexität einer Millionenstadt sehr stark in den Hintergrund getreten, sind nun durch die Gewichtung der Einwohnerschaft, die in verschiedenen Gutachten gefordert war und nun auch umgesetzt worden ist, spürbare Erfolge zugunsten der Stadt Köln erzielt worden.

Die gute Wirtschaftslage haben wir bereits genannt. Sie trägt ihr Weiteres dazu bei. Und das sind ja die originären Quellen, die wir brauchen. Deswegen kann auch aus finanzwirtschaftlicher Sicht die Investition, die in die Stärkung der Wirtschaftskraft hier vor Ort erfolgt - ob für große oder kleine Betriebe, insbesondere für die KMUs; (denn wir wissen, welche zuverlässigen Gewerbesteuerzahler sie sind) -, nur unterstützt werden.

Für die gemeinsam geschulterte Aufgabe, ein zehnjähriges Konsolidierungsprogramm aufzulegen und umzusetzen, bedanke ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand, die daran mitgearbeitet haben, und natürlich bei Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, die Sie uns auf Kurs gehalten haben. Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich bei der gesamten Verwaltung auf allen Ebenen der Hierarchie. Denn nur durch das gemeinsame Vorgehen von Verwaltung, Politik und Gesellschaft - gerade in den ersten harten Jahren der Konsolidierung im Rahmen des freiwilligen Sanierungskonzepts - und das konstruktive Mitwirken an den umfangreichen Erneuerungen des Finanzwesens - längst nicht abgeschlossen und Quelle eines ste-

tigen Innovationsdrucks - ist es gelungen, das gute Ergebnis zu erreichen.

Ich möchte daran erinnern, dass in der Kämmererei seit 15 Jahren die Grundlagenprozesse der Umstellung auf die Doppik erfolgt sind - lange Zeit nur zögerlich unterstützt durch notwendige Personalverstärkung - und nun mit der fristgerechten Vorlage des Jahresabschlusses einen auch äußerlich sichtbaren Niederschlag gefunden haben. Mit der Produktivsetzung des integrierten Kassenverfahrens ist ein weiterer wichtiger Meilenstein für die gesamte Verwaltung erreicht worden. Mit den Beteiligungen haben sich die Prozesse zur Erstellung des Gesamtabchlusses eingeschwungen, die im nächsten oder spätestens übernächsten Jahr die fristgerechte Vorlage auch des Gesamtabchlusses erwarten lassen.

Eine große Herausforderung besteht nach wie vor in der Verbesserung der Datenqualität. Das ist ebenfalls ein Thema für die gesamte Verwaltung. Auch hier wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, die notwendige Integration der Datenbestände voranzutreiben, ohne den Bezug zur verantwortlichen Arbeit damit zu verlieren. Um diesen Teil der Prozessinnovationen zu stärken, habe ich in der Kämmererei die neue Abteilung „Zentrale Finanzdaten“ eingerichtet und personell verstärkt. Die Digitalisierung des Finanzbereichs innerhalb der Kämmererei wie in den Finanzabteilungen der Dezernate und Dienststellen wird erkennbar auch in den nächsten Jahren eine große Rolle spielen, um all die guten Ergebnisse weiter voranzutreiben.

Der Rückenwind der konjunkturellen Entwicklung und die Anpassung des GFG werden auch in den nächsten Jahren dazu beitragen, dass der Kernhaushalt eine günstige Entwicklung nimmt. Der Haushalt 2022 kann also der erste Haushalt sein, der bereits in der Planung mit einem leichten Überschuss abschließt.

Entsprechend entwickeln sich die Fehlbetragsquoten im Ergebnishaushalt von 2,58 Prozent in 2019 über 0,52 Prozent in 2020 und 0,56 Prozent in 2021 hin zu 0,00 Prozent in dem mit leichtem Überschuss geplanten Jahr 2022.

Das spiegelt sich dann auch in der Ihnen bereits bekannten Darstellung wider, deren grüne Kurve die Möglichkeiten des Vermögenserhalts und -Wiederaufbaus bei Beibehaltung des Kurses zeigt und deren rote Kurve einen weiteren Vermögensverzehr bei fiktiver Annahme einer statischen jährlichen 3,5-Prozent-Entnahme aus der Rücklage darstellt. Es ist gelungen - das

macht diese Darstellung auch deutlich -, den Eigenkapitalverzehr im Wesentlichen zu stoppen und eine Perspektive für den Wiederaufbau der Rücklage zu entwickeln.

Der schwarze Teil der Kurve – zeigt bereits deutlich die Reduzierung des Eigenkapitalverzehrs in den letzten Jahren; hier sind bereits Ist-Zahlen abgebildet, beispielsweise Jahresabschlüsse.

Ich komme zu den wesentlichen Verbesserungen im Haushalt.

Bei den Erträgen dominiert der Teilplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft. In 2019 werden Gewerbesteuererträge von rund 1,4 Milliarden Euro erwartet. Bis vor drei Jahren hätte ich das noch für Münchener Zahlen gehalten. Dort lag man immer bei 1,5 bis 1,7 Milliarden Euro. Damals lagen wir noch unter der Grenze von 1 Milliarde Euro. Jetzt werden also Gewerbesteuererträge von 1,4 Milliarden Euro erwartet. Hintergrund ist insbesondere die gute und mittlerweile solide Wirtschaftsentwicklung. Aber wie lange noch? Auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer weist weiterhin steigende Werte aus. Das ist unmittelbar mit der Frage gekoppelt, wie sicher die Arbeitsplatzsituation ist bzw. wie gut die Stimmung in der Wirtschaft ist und damit die Bereitschaft besteht, auch im Bereich der Arbeitsplätze Ausweitungen vorzunehmen.

Im Bereich der Schlüsselzuweisungen liegt die erste Hochrechnung des Landes vor, die aber noch nicht die endgültigen Grundlagendaten berücksichtigt. Nach dieser vorläufigen Berechnung und auf Basis einer vorsichtigen Fortschreibung der Grundlagendaten kann die Stadt Köln einen Ertrag von rund 410 Millionen Euro im Haushalt berücksichtigen. Gegenüber dem ursprünglich geplanten Wert ergibt sich hier ein Mehrertrag von rund 65 Millionen Euro. Das ist ein Pfund. Hier wirkt sich insbesondere aus, dass die Einwohnergewichtung - ich habe bereits darauf hingewiesen - aufgrund vorliegender Gutachten des Landes unter anderem auch zugunsten der Stadt Köln angehoben wurde.

Minderaufwendungen, die zur Verbesserung des Haushalts beigetragen haben, resultieren des Weiteren unter anderem aus nicht ausgeschöpften Aufwandsermächtigungen aus dem Vorjahr, jedoch auch aus Einschnitten bei der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens, bei der Gebäudeunterhaltung von Museen bzw. bei Schülerbetreuungsmaßnahmen in einer Gesamthöhe von 56 Millionen Euro.

Auch der „Konzern Stadt“ - also alle Beteiligungen der Stadt - wird weiterhin dazu beitragen und beitragen müssen, die steigenden Aufwände einer wachsenden Stadt zu decken.

Der noch zu identifizierende Beitrag der Einzelbeteiligungen ist hierbei im Haushalt noch bei den Stadtwerken zentral verortet und wird, wie im letzten Jahr auch, Zug um Zug an Vereinbarungen mit Kennzahlen, unter anderem der Eigenkapitalquote, im Rahmen der Konzernsteuerung angepasst und auf die Gesellschaften aufgeteilt.

Die ambitionierte Abführung insgesamt beläuft sich auf 67,3 Millionen Euro in 2019, 93,7 Millionen Euro in 2020, 102,1 Millionen Euro in 2021 und 102,4 Millionen Euro in 2022 und wird durch das strategische Projekt Beteiligungssteuerung begleitet, das uns eine verbreiterte Basis der Finanzsteuerung des Beteiligungsportfolios sichern soll.

Ich komme zu den Verschlechterungen im Haushalt und beginne mit dem Personal. Die größte Einzelposition stellt der Personalaufwand dar, der im Jahr 2019 auf knapp 1,2 Milliarden Euro anwächst. Davon entfallen rund 67 Millionen Euro auf die Versorgungsaufwendungen. Der Aufwand steigt bis 2022, wenn auch moderat, auf 1,25 Milliarden Euro an. Diese Zahlen mögen Ihnen noch einmal verdeutlichen - 1,4 Milliarden Euro Gewerbesteuer, was ein Superergebnis ist, und 1,2 Milliarden Euro Personalaufwand -, dass wir aufmerksam verfolgen müssen, wie wir die hohen Fixkosten durch Effizienzsteigerungen an anderer Stelle im Griff behalten.

Es ist klar, dass Personalaufwendungen in dieser Höhe eines ständigen Monitorings und der kritischen Überprüfung bedürfen. Es ist erforderlich, die Umstellung, Modernisierung und digitalgestützte Optimierung zahlreicher Verwaltungsprozesse zu gewährleisten und nicht zuletzt die demografische Entwicklung des Personals zu berücksichtigen.

Zum Bereich Soziales und Jugend: Einen weiteren Bereich, welcher durch erkennbar hohe Aufwandspositionen gekennzeichnet ist, stellen die Sozialen Hilfen dar. Auch hier wird in 2019 über 1 Milliarde Euro bereitgestellt - da ist der Personalaufwand mit eingerechnet -, wobei allein auf die Transferleistungen rund 852 Millionen Euro entfallen. Der erforderliche Aufwand hier wird im Jahr 2022 voraussichtlich bereits knapp 1,1 Milliarden Euro betragen.

Daneben stellt auch die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe mit einem Ansatz von über 900 Millionen Euro einen wesentlichen Aufwandstreiber dar. Der erforderliche Aufwand wird sich bis 2022 ebenfalls auf knapp 1 Milliarde Euro beziffern.

Last, but not least - denn die Mitarbeiter brauchen Arbeitsplätze -: Mit Blick auf den bereits dargelegten steigenden Personalbedarf möchte ich Ihre Aufmerksamkeit an dieser Stelle auch auf die Mietaufwendungen richten. So steigen die Fixkosten in diesem Bereich von rund 270 Millionen Euro in 2019 auf etwa 300 Millionen Euro zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes.

Ich wende mich dem Finanzplan zu. Die Stadt investiert. Wir haben viel nachzuholen. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen dafür, dass in den großen Bereichen Schule/Kita und Mobilität sowie Unterbringung der Verwaltung diese hohe Kontinuität in Planung und Umsetzung erreicht werden konnte.

Der Haushaltsplanentwurf 2019 mit mittelfristiger Finanzplanung sieht in 2019 ein Investitionsvolumen von rund 580 Millionen Euro vor. Das entspricht der Summe, von der die Stadtverwaltung ausgeht, sie kurzfristig „verarbeiten“ zu können.

Diese Grafik stelle ich Ihnen vor, um Folgendes deutlich zu machen: In den letzten Jahren war die Investitionskraft der Stadt geprägt von einem großen Auseinanderfallen zwischen dem, was veranschlagt war und übertragen wurde, und dem, was tatsächlich im jeweiligen Haushaltsjahr „verarbeitet“ werden konnte. Diese Vergangenheit stellt die Grafik dar. Mit diesem Haushaltsplanentwurf haben wir gemeinsam die Konsequenzen daraus gezogen und können - wie in den letzten Jahren bereits für den konsumtiven Teil - nun endlich auch im investiven Bereich die Bereinigung der Darstellung vornehmen. Das hat Auswirkungen auf die planerische Investitionsquote, jedoch keine Auswirkungen auf die Investitionsmöglichkeiten. Kurz: Wir haben auch hier Luft herausgelassen. Das ist kein Budgetdeckel und hat nichts mit einer Begrenzung der Finanzen zu tun, sondern ist eine Anpassung des Ausweises des Investitionsvolumens im Haushalt an das, was tatsächlich in dem Planungsjahr als realisierbar erwartet werden. Dies ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung einer strategischen Investitionsplanung, dem in den nächsten Jahren eine systematische Darstellung in der Haushaltslogik und ein entsprechendes Berichtswesen folgen sollen.

Für die Daseinsvorsorgeleistungen der inklusiven Stadt tut sich nun ein wichtiges Fenster auf, nämlich die Perspektive für eine strategische Investitionsplanung im „Konzern Stadt“, die ich nur ganz kurz anreißen möchte. Bereits heute zeichnet sich ab, dass die notwendige stabile Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung systematisch vom Ergebnis her gedacht werden muss. Wir müssen in Geschäftsbereichen und nicht in Organisationsformen denken.

Meine letzte Folie übernimmt gedanklich die Struktur des Kölner Tragfähigkeitskonzeptes für das Jahr 2018 und zeigt, wie die Arbeitsteiligkeit innerhalb des „Konzerns Stadt“ zu einer ganzheitlichen Betrachtungsweise der Leistungsfähigkeit zusammengeführt werden kann - und welchen Umfang die Investitionstätigkeit bei aggregierter Betrachtung bereits heute in den einzelnen Geschäftsfeldern hat.

Dies nur als Anregung für weitere Überlegungen: Gemeinsam mit den Beteiligungen die Investitionen generationenübergreifend zu planen und nach Geschäftsfeldern und über die jeweilige organisatorische Gliederung hinweg zu erfassen, wird am Ende dieses Weges stehen.

Ich komme zum Schluss. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Einblick und Ausblick aus Anlass der Haushaltseinbringung mit den Überlegungen zur Finanzperspektive und Strategie zu verbinden, war mir auch heute eine Ehre - das letzte Mal. Vor dem Hintergrund all der Herausforderungen und Innovationen ist es mir nun ein Anliegen, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei auch persönlich herzlich für die herausragende Zusammenarbeit der letzten Jahre zu bedanken und dies auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesamtverwaltung auszuweiten. Stellvertretend für alle, die sich dem Neuen, den großen und kleinen Veränderungen, geduldig, engagiert und immer loyal gestellt haben, bedanke ich mich bei dir, lieber Manfred Ropertz, ganz besonders.

(Lebhafter Beifall)

Vom guten Leben in der Stadt - ich erinnere mich noch genau an die „entsetzten“ Gesichter, als dieser Begriff hier in diesem Raum fiel -, der Daseinsvorsorge für alle, die der „Konzern Stadt“ als moderne Dienste für die Bürgerschaft erbringt, von diesem guten Leben und von diesem Zusammenleben habe ich in meiner Vorstellungsrede in diesem Haus vor Jahren gesprochen.

Dienst für die Bürgerschaft war mir in den letzten knapp acht Jahren Beruf und Berufung zugleich. Dabei geht es im Finanzbereich nur scheinbar nicht immer sehr spannend und herausfordernd zu. Sicher, spannender mögen für den Außenstehenden die Zeiten erscheinen, in denen ich für diese Stadt Aufgaben wie die interimswise Vertretung für das Kulturdezernat übernehmen durfte - immerhin fiel in diese Zeit die Geburtsstunde der Historischen Mitte - oder die Aufgabe als Wahlleiterin - manche von Ihnen werden sich erinnern -, besonders aber die interimswise mehr als ein Jahr währende Übernahme der Verantwortung für das Dezernat Soziales, Integration und Umwelt in der Hochphase der Flüchtlingsbewegungen. Diese Zeit wird uns allen sicherlich in guter Erinnerung bleiben; denn sie lebte davon, dass diese Stadt durch die gute Zusammenarbeit zwischen Rat, Verwaltung und Zivilgesellschaft in ruhigen Gewässern blieb.

(Beifall)

Dies alles prägt auch meinen Blick auf die Mechanismen in dieser Stadt - einer Stadt, die damals gezeigt hat, wie gut sie kann, wenn sie will.

Ich bitte Sie, eines niemals zu übersehen und zu vergessen: Die Bewältigung all dieser Aufgaben, damit die gesamte Stadt wie ein gut trainierter und resilienter Korpus funktioniert, bedarf stabiler Finanzen als Rückgrat - manchmal auch einer unkonventionellen Sicht in die Zukunft, die nicht Glaskugel ist, sondern durch Projektion, Schätzung usw. als ein Teil der Gegenwart wirken muss. Und hier ist der Haushalt ein Planungsinstrument mit Prognosen für die Zukunft - nicht weniger, aber eben auch nicht mehr. Mit den Projekten „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert“, „Urban Rural Solutions“ - sperrig, aber trotzdem total interessant; es geht um das Stadt-Umland-Verhältnis und Effizienzen, die wir erreichen können -, aber auch Instrumenten wie dem Wirkungsorientierten Haushalt mit seiner Weiterentwicklung zum Nachhaltigkeitshaushalt stellt sich die Stadt für die Zukunft auf und stützt sich auf die erfolgreiche Aufholjagd bei Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüssen - zu meinem großen Bedauern haben wir das noch nicht wirklich ganz und umfassend geschafft; wir sind aber, glaube ich, auf einem guten Weg -, auch für den Gesamtkonzern, also auch dem Gesamtabschluss, die Umstellung von Einsparen auf Sanieren, einen wirkungsorientierten Sparansatz, die Einführung eines strategischen Finanzcontrollings und weitere Instrumente, den Blick nach vorne von der schwarzen auf die grüne Null gerichtet.

Erst so wird aus einem Haushalt, wie ich immer fand, ein realistisches Planungsinstrument. Strategische Planung nach Zielen - mehr als Malen nach Zahlen - unter Berücksichtigung der Ressourcen und generationengerecht wird auf diese Weise und mit diesen Instrumenten erst möglich - so, wie es die Gemeindeordnung bereits seit vielen Jahren in §§ 1 und 41 Absatz 1 Buchstabe t vorsieht.

Zwischendrin fiel mir dazu immer Matthias Beltz ein, der einmal feststellte:

Hesse sein heißt, gefährlich leben wollen zu müssen.

So ist es. Das werde ich weiter tun - als Hessin in Köln, zunächst auch weiter als Ihre Stadtkämmerin.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Respekt für Ihre Geduld.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Klug.

Meine Damen und Herren, wie eingangs erläutert, wird die Vorlage zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verwiesen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

**2 Antrag der AfD-Fraktion vom 17.08.2018
Rücknahme des Offenen Briefes der
Oberbürgermeisterin zur Aufnahme von
Flüchtlingsen
AN/1132/2018**

Zunächst hat die AfD das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Sehr geehrte Kollegen! Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben im Juli 2018 gemeinsam mit Ihren Kollegen aus Düsseldorf und Bonn einen Brief an die Kanzlerin geschrieben, in dem Sie die Aufnahme weiterer sogenannter Flüchtlinge in unserer Stadt anbieten.

Diese Vorgehensweise ist nicht nur in Köln auf Kopfschütteln gestoßen. Während man in ganz Europa langsam umdenkt, anfängt, seine Grenzen zu schützen, und sich von der Open-Border-

Ideologie verabschiedet, reiten Sie das tote Pferd unbeirrt weiter.

Und obwohl nicht Sie, die sich in einer Limousine durch die Stadt gondeln lassen und in gehobener Wohnlage wohnen, die bittere Rechnung für diese Migrationssucht zahlen müssen, haben Sie niemanden gefragt - nicht den Rat und nicht die Bürger. Sie stellen Schecks aus, die andere bezahlen müssen, und lassen sich dafür auch noch feiern.

Die Rechnung, meine Damen und Herren, zahlen die Bürger unserer Stadt - die Angestellten, die Arbeiter, die Studenten und die Familien, die keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden können, weil ihr Stadtoberhaupt die Tore weit aufgerissen hat für Sozialmigranten, deren Mieten sie auch noch zahlen müssen.

Die Rechnung zahlen auch alle Bürger, die sich in ihrem Viertel nicht mehr sicher fühlen können.

Die Rechnung zahlen junge Frauen und Homosexuelle in unserer Stadt, die sich immer mehr vor Übergriffen von muslimischen Migranten fürchten müssen, weil ihr Lebensstil eben nicht im Koran vorkommt.

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen: Blödsinn! - In welcher Welt leben Sie eigentlich? - Ekelhafter Rassist!)

Frau Oberbürgermeisterin, das ist die Zeche für Ihre Multikulti-Besoffenheit.

(Beifall von der AfD)

Dabei gäbe es wahrlich Wichtigeres zu tun. Wie unsere Anfrage im Landtag ergeben hat - in Köln werden unangenehme Fragen ja lieber nicht beantwortet -, befinden sich von 26 gefährlichen Orten in NRW 15 in Köln. Ein Armutszeugnis! Unsere Schulen sind in einem erbärmlichen Zustand. Allzu oft müssen die Eltern zu Pinsel und Farbe greifen, damit ihre Kinder in einer halbwegs menschenwürdigen Umgebung lernen können.

Aber Sie brauchen das Geld ja für andere Dinge - zum Beispiel für Ihre Schlägertrupps im Autonomen Zentrum

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt ist es aber gut!)

- ja, da müssen Sie jetzt durch -, die jeden Andersdenkenden in der Stadt mit Gewalt bedrohen.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie laufen momentan durch Chemnitz!)

Innenminister Reul, CDU, hat uns mit Schreiben vom 17. August 2018 mitgeteilt, dass ganze vier verfassungsfeindliche Gruppen dort beherbergt werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie bitte zur Sache.

Sven Tritschler (AfD): Und was macht unsere Oberbürgermeisterin? Sie fährt hin und kauft ein T-Shirt. Die Schläger werden wohl noch gebraucht.

Diese unsere schöne Stadt hat Besseres verdient.

(Niklas Kienitz [CDU]: Als die AfD!)

Unsere Bürger verdienen ein Rathaus, das für sie und ihre Sorgen und Nöte da ist. Wenn Sie die Welt retten wollen, Frau Reker, dann gehen Sie zur UN. Aber die Kölner Oberbürgermeisterin wird von den Kölner gewählt und bezahlt, damit sie auch für die Kölner da ist und nicht für alles, was übers Mittelmeer kommt.

Die Menschen in unserer Stadt sind hilfsbereit. Sie sind herzlich und großzügig. Aber sie sind auch nicht dumm. Sie wissen, dass wir nicht jedem helfen können, dem sein Heimatland durch Miswirtschaft und Geburtenexplosion keine Perspektive mehr bieten kann. Und sie wissen vor allem, dass wir ihm nicht dadurch helfen können, dass wir ihn in unsere Stadt holen.

Frau Reker, Sie sind inzwischen so weit von der Stadtbevölkerung entfernt wie der Mond. Sie haben fast die rote Laterne im Zustimmungs-Rating der Stadtoberhäupter. Und Sie hören die Signale immer noch nicht.

Dass Sie auf dem Stuhl eines Konrad Adenauer sitzen dürfen, ist Schande genug.

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Machen Sie es nicht noch schlimmer. Nehmen Sie Ihren Brief zurück. Oder besser noch: Treten Sie zurück.

(Beifall von der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes das Wort.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen aus den demokratischen Parteien! Liebe Zuhörer und Zuschauer! Zu diesen widerlichen Äußerungen der AfD muss ich erst einmal einen Schluck Wasser trinken.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Initiative unserer Oberbürgermeisterin Henriette Reker und ihrer beiden Kollegen aus Düsseldorf und Bonn war genau richtig.

(Lebhafter Beifall)

Herr Tritschler - ich meine das ernst, auch wenn Sie lächeln, Herr Tritschler -, sie lassen sich nicht feiern, sondern sie handeln klug und menschlich.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Oberbürgermeisterin!)

- Alle drei Oberbürgermeister. Das hat nicht jeder verstanden. Aber das wundert mich bei Ihnen von der AfD nicht.

Ich spreche hier für alle demokratischen Parteien im Rat und unterstreiche das Engagement noch einmal ausdrücklich.

(Beifall)

Das kollektive Bekenntnis zu Menschlichkeit und zu dem Grundrecht auf politisches Asyl ist genau der richtige Weg gewesen.

(Beifall)

Für uns Demokraten ist klar: Jedem Menschen, der auf der Flucht ist und auf hoher See in Seenot gerät, jedem Flüchtling, der im offenen Meer treibt, muss erst einmal geholfen werden.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Er muss gerettet werden. Auf dem Weg nach Europa dürfen wir niemanden im Stich lassen und gar sterben lassen, dem wir helfen können.

(Zuruf von Sven Tritschler [AfD])

- Hören Sie doch zu.

(Sven Tritschler [AfD]: Das haben Sie eben auch nicht getan!)

- Das war es auch nicht wert.

(Lachen bei der AfD)

- Das habe ich ja auch kommentiert. - Wir dürfen niemanden sterben lassen, dem wir helfen könnten. Wir wollen nicht zulassen, dass das Mittelmeer zu einem Massengrab wird - wir Demokraten nicht.

(Beifall)

Und die Seenotretter, gerade auch die vielen Ehrenamtlichen, dürfen doch nicht zu Kriminellen degradiert werden, weil sie Menschenleben retten.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Vor Ort - in Europa, in Deutschland und in Köln - müssen wir dafür sorgen, dass eine sichere, faire und zügige Entscheidung darüber getroffen wird, wer bei uns bleiben kann und darf, damit wir zügig mit der Integration derjenigen beginnen können, die als anerkannte Flüchtlinge bei uns bleiben.

(Beifall - Zurufe von der AfD)

Solange die öffentliche Debatte von Formulierungen zu Obergrenzen, nationalen Alleingängen und wirren Vorschlägen zu Zurückweisungen an den Grenzen beherrscht wird, ist es umso wichtiger, dem ein starkes Zeichen der Menschlichkeit sowie pragmatischen und entschlossenen Handelns entgegenzusetzen.

(Beifall)

Deshalb, Herr Tritschler, unterstützen wir als Rat der Stadt Köln diesen Brief, den unsere Oberbürgermeisterin zusammen mit den beiden anderen Oberbürgermeistern an Frau Bundeskanzlerin Merkel geschickt hat, ausdrücklich - entgegen Ihren Erwartungen. Der Brief wird somit nicht zurückgenommen, Herr Tritschler. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Wie ich sehe, ist das nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Zunächst frage ich, wer gegen diesen Antrag ist. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wort-

mann, die Ratsgruppe GUT und die Ratsgruppe BUNT. Wer ist dafür? - Die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

3.1 Fortführung des Kompetenzzentrums Frau und Beruf Region Köln 2018–2022 1604/2018

Ich bitte um Wortmeldungen. - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.2 Intensivreinigung und Nachgranulierung von Kunststoffrasenplätzen im gesamten Kölner Stadtgebiet 2332/2018

Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme diese Vorlage ganz kurz zum Anlass für eine Bitte, weil ich nicht im Hauptausschuss sitze. Wir haben 2016 und 2017 schon gefragt, wie im Zusammenhang mit den anstehenden Sanierungskosten für die Kunstrasenplätze mit den Vereinen umgegangen wird.

Es wird zwar in der Beantwortung immer auch geschrieben, dass die Vereine aufgefordert werden, Rücklagen zu bilden. Ich würde das aber gerne ein bisschen detaillierter erfahren - auch vor dem Hintergrund der massiven Kosten, die an dieser Stelle unter Umständen auf die Vereine zukommen. Wir wissen, dass die Kunstrasenplätze nach zehn bis 15 Jahren sehr kostenintensiv saniert werden müssen. Insofern hätte ich diesen Themenkomplex der Vereine gerne schriftlich ein bisschen dezidierter beantwortet. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth, jetzt sind wir ja bei der Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Ich weiß.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich schlage vor, dass das noch einmal im Sportausschuss beantwortet wird.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Gut. Ich stehe dem jetzigen Beschluss ja auch nicht im Wege.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Es geht ja darum, dass Sie zu einem Inhalt kommen. - Vielen Dank.

Dann rufe ich zur Abstimmung auf. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. - Vielen Dank.

(Schluss: 16.10 Uhr)